

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Rotgerausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297
Z.-L.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 8 1/2 bis 5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297

Vandervelde scheidet aus dem Rat aus.

Belgiens Wiederwahl abgelehnt.

V. Sch. Genf, 15. September. (Eigenbericht.)

Belgien ist durchgefallen! Das ist das sensationelle Ergebnis der halbständigen Vormittags-Sitzung, die sich ausschließlich mit der belgischen Wiederwählbarkeit befaßte.

Abgegeben. Stimmen (sämtl. gültig, d. h. keine unbeschriebenen) 48 mit Ja (für die Wiederwählbarkeit) . . . . . 29 mit Nein (gegen die Wiederwählbarkeit) . . . . . 19

die notwendige Zweidrittelmehrheit betrug 32. Es fehlten also Belgien drei Stimmen, um das Recht zu erhalten, heute nachmittag für die eigentliche Wahl zu kandidieren.

Die Verkündung des Resultats rief im ganzen Saal ungeheure Bewegung hervor. Schon unmittelbar nach der Zählung machte sich am Tisch der Präsidents eine deutliche Unruhe und Verlegenheit bemerkbar. Der aufmerksame Zuschauer konnte sodann ein distretes negatives Kopfnicken des offiziellen Uebersetzers, der neben dem Präsidenten Guani sitzt, bemerken, das der belgischen Delegation als Zeichen ihrer Niederlage galt.

Vandervelde meldete sich sogleich zum Wort und richtete an die Versammlung unter lautloser Stille eine kurze Ansprache. Eine Anzahl von Vätern hatte geglaubt, daß es nützlich sein könnte, namentlich in bezug auf die Durchführung der Verträge von Locarno, daß Belgien auf weitere drei Jahre im Rat des Völkerbundes verbleibe.

Erstens, daß die belgische Delegation tief davon überzeugt ist, daß die abgelehnten Nein-Stimmen durchaus achtbaren prinzipiellen Gründen entspringen sind, die nichts mit dem Gefühl der Versammlung gegenüber Belgien zu tun haben.

Zweitens, und das brauchte eigentlich kaum gesagt zu werden, daß die soeben erfolgte Abstimmung Belgien nicht daran hindern wird, auch künftig seine aktivste, treueste und wärmste Mitwirkung dem großen Friedenswerk des Völkerbundes zu leisten.

Diese Erklärung des Genossen Vandervelde war in ihrer lapidaren Kürze ebenso geschickt wie eindrucksvoll. Was die erste Behauptung betrifft, so traf sie in der Tat den Nagel auf den Kopf. Es hatte sich in den letzten Stunden eine

Koalition der kleinen Mächte

gebildet, die gegen eine abermalige Durchbrechung des Turnusprinzips (im vorigen Jahre schon zugunsten Polens) rebellierte und denen die Befürwortung der belgischen Wiederwählbarkeit durch die große Dreifaltigkeit Frankreich-Deutschland-England ein Grund mehr zur Opposition war.

Reichstag frühestens am 17. Oktober.

Sozialdemokratie für sofortigen Zusammentritt.

Der Ältestenrat des Reichstags beschloß am Donnerstag, den Beginn der Sondertagung des Reichstages auf den 17. Oktober festzusetzen. Die Tagung soll nur der Beratung des Schulgesetzes, der Beamtenbesoldung und des Liquidationschädengesetzes dienen.

Die Sozialdemokraten sprachen sich für eine Tagung noch im September zur Beratung der Mietenerhöhung, der Krisenfürsorge und der Amnestiefrage aus, ebenso die Kommunisten und Demokraten, während die Regierungsparteien einschließlich der Wirtschaftspartei sich ablehnend verhielten.

Zu Beginn der Sitzung hatte Präsident Böbe unter Zustimmung sämtlicher Parteien festgestellt, daß die Zeitungsnachrichten falsch seien, wonach der Reichsinnenminister Reudell der preussischen Regierung den Vorwurf der Verzögerung des Reichschulgesetzes gemacht habe.

nur zu begrüßen, daß die kleinen Nationen zum erstenmal seit langem Mut zur Unabhängigkeit bewiesen haben. Aber in diesem Falle haben sie diesen Drang am ungeeigneten Objekt betätigt, nämlich gegen einen ihrer bisherigen treuesten Fürsprecher im Rat.

Als Kuriosum, das für die Versammlung etwas beschämend ist, sei festgestellt, daß nicht weniger als 38 Staaten der belgischen Delegation vor der Wahl ausdrücklich versichert hatten, sie würden für die Wiederwählbarkeit stimmen!

Die Westerplatte bleibt vorläufig besetzt.

Nach der Vollziehung eilte alles nach dem Völkerbundsekretariat am anderen Ende von Genf, wo eine wichtige Sitzung des Rates stattfand, um die vier noch schwebenden Danziger Fragen zu erledigen. Die wichtigste betraf den Antrag Danzigs auf Aufhebung der Entscheidung des Völkerbundsrates bezüglich des Rechtes Polens auf ein Munitionsdepot auf der Westerplatte.

Dieses Gutachten verneint die Möglichkeit, eine frühere Entscheidung des Rates zu revidieren, falls neue Tatsachen eintreten; in diesem speziellen Falle stellt es sich aber auf den Standpunkt, daß die frühere Entscheidung über die Westerplatte eine abschließende Entscheidung darstellt, die im Einverständnis zwischen den beiden Parteien aufgehoben werden kann.

Die Frage des Klagerichts der Eisenbahner wurde auf einen späteren Termin vertagt, ebenso die Frage der Territorialität der Westerplatte. Nur der eine Punkt, der eine Veränderung in der Verwendung eines Teiles der Danziger Anleihe betrifft, wurde im Sinne des Gutachtens des Finanzkomitees entsprechend den Wünschen Danzigs erledigt.

Verfahren gegen einen nationalistischen Heher.

Paris, 15. September.

Wie der „Avenir“ mitteilt, ist gegen den Herausgeber der Pariser Zeitung „Aux Ecoutes“, Paul Leoy, in der der Geheimbericht des Generals Guillaumat veröffentlicht wurde, ein Verfahren wegen Spionage eingeleitet worden.

Besoldungsreform und Städte.

Beratungen im Deutschen Städtetag.

Der Finanzausschuß des Deutschen und Preussischen Städtetages verhandelte gestern, Mittwoch, über wichtige Fragen der kommunalen Finanzpolitik, u. a. über den preussischen Finanzausgleich, die kommunale Anleihepolitik und die Frage der Besoldungsreform.

Scharfe Kritik wurde an der Politik der Beratungskommission für Auslandsanleihen im Reichsfinanzministerium geübt. Der berechtigte Kreditbedarf der Städte für werbende Zwecke und für Wohnungsbau müsse mindestens im gleichen Maße Berücksichtigung finden wie der Kreditbedarf der privaten Wirtschaft.

Die Notwendigkeit einer durchgreifenden Besoldungsreform wurde allgemein anerkannt. Doch wurden ernste Bedenken laut, wie die durch die Erhöhung der Beamtengehälter notwendig werdenden Mehrausgaben ohne eine Verringerung des Finanzausgleichs aufgebracht werden sollen.

Der bayerische Städtebund hat in einer Eingabe an den Reichsfinanzminister zum Ausdruck gebracht, daß ihm die Durchführung der Besoldungsreform ohne entsprechende Verringerung des Finanzausgleichs unmöglich erscheint.

Der Stand der Strafrechtsreform

Reform für das Volk — aber abseits vom Volke?

O. G. Karlsruhe, 14. September.

Die Internationale Kriminalistische Vereinigung, begründet von Franz v. Liszt, war einst ein Pionier der Strafrechtsreform. Sie hat große Verdienste um die Entwicklung der Strafrechtslehren und des Strafrechts, sie ist die Vorkämpferin der Grundgedanken des modernen Strafrechts und des modernen Strafvollzugs gewesen.

Die intensiven und interessanten Auseinandersetzungen auf der Tagung der IVV in Karlsruhe zeigen sehr scharf, an welchem Punkte die Strafrechtsreform heute steht. Diese Auseinandersetzungen zwischen Reformkräften und Gegenkräften im Schoße des Stöhrtrups der Reform und die Tatsache, daß die Reformkräfte sehr lebendig, sehr bereit, die Gegenkräfte als Schwergewicht in der Abstimmung aber sehr wirksam waren, bezeichnen den Haltepunkt, ja die rückläufige Linie der Strafrechtsreform.

Man erkennt dahinter eine Mißachtung der Mitarbeit der Volkvertretung. Es hat nicht an mehr oder weniger lauten Unterläuten gefehlt, die deutlich erkennen ließen, daß das Fachjuristentum am Beruf des Reichstags zum Gesetzgeber auf dem Gebiet der Strafrechtsreform zweifelt. Auch das ist symptomatisch für die Lage.

Es treten hier Fehler der Vergangenheit in der Behandlung des Strafrechtsreform hervor. Das Volk, und namentlich die Arbeiterschaft, blickt mit leidenschaftlichem Interesse auf die Rechtspflege und ihre Schwächen. Aber das, was es sieht, was Erregung, ja Empörung hervorruft, das sind ihre Auswüchse im sozialen und politischen Kampfe, ihr Mißbrauch zu Kampfwaffen — nicht die Tatsache, daß ihre rechtlichen Grundlagen gegenüber dem Kulturwandel veraltet sind, daß sie in vielem ein böses Ueberbleibsel von geradezu mittelalterlichen Anschauungen darstellen.

Die Ursachen des Fehlens einer tiefen Verankerung der Strafrechtsreform im Willen und Bewußtsein des Volkes sind mannigfaltig. Es wirkt die Tatsache, daß jeder, der nicht mit dem Strafrecht in Berührung kommt, sich nicht um seine Problematik kümmert, sondern es hinnimmt, als müsse es sein und so sein.

Der Kampf der Reformfreunde, der radikalen Kriminalisten, der treibenden und lebendigen Kräfte in der IVV, gilt dem Vergeltungsgedanken, dem instinktiven Sühneverlangen, der aus religiösen Gedankengängen

geborenen Aufeinanderfolge von Schuld und Strafe, gilt einem Strafrecht, das sich hinter sittliches Werturteil und göttliches Gebot versteckt. Der Vergeltungsgedanke, das instinktive Sühneverlangen, das die Wissenschaft, die moderne Strafrechtslehre für überwunden ansieht, lebt jedoch traditionell und instinktiv im Volk als Masse, es lebt im einzelnen, der von anderen verlehrt wird, es lebt instinktiv selbst in der Brust des radikalsten Kriminalisten, der es mit dem Intellekt korrigieren muß.

Es ist eine große Lehre, die die moderne Strafrechtslehre formuliert, und die, wenn auch nicht rein, in die Strafrechtsreform eindringt. Die Thesen, die der Kongress von Karlsruhe angenommen hat, führen logisch zu radikalen Konsequenzen. Wenn die Strafbemessung von der Ermägung abhängig gemacht wird, welche Mittel nötig sind, um den Täter wieder zu einem gesetzmäßigen und geordneten Leben zu führen, so liegt darin die radikale Abwendung vom Vergeltungsdenken und vom sittlichen Werturteil in der Strafe und die Hinwendung zum Gedanken des Schutzes der Gesellschaft durch das Strafrecht. Es ist damit ein Weg betreten, der in weiterer Zukunft zur Ausmerzung aller jetzt strafbaren Tatbestände aus dem Strafrecht führen muß, die nur mit dem Sühneprinzip zu rechtfertigen sind — man denke nur an die Bestrafung eines Dolomotivführers, dem das Unglück zustoßt, daß momentan seine Verlegenheit seiner Aufmerksamkeit zur Katastrophe und zur Vernichtung von Menschenleben führt. Die radikale Konsequenz leitet zu dem unendlichen Ziele hin, daß die Strafe aufhört. Strafe zu sein, daß an die Stelle des Begriffs „Schuld“ der Begriff „Gefährlichkeit für die Gesellschaft“ tritt, an die Stelle des Begriffs „Strafe“ der Begriff „Sanktion“, Sicherungsmaßnahme. Eine große Lehre und große Zukunftsperspektiven, getragen vom Ideal wahrer Humanität!

Aber dem Laien, der dem Meinungskampf auf der Tagung der K. K. in Karlsruhe folgte, mußte notwendig der Gedanke kommen, ob nicht diese Gedankengänge dem Empfinden des Volkes von heute fremd sind wie eine Geheimlehre, und nicht nur dem Empfinden des Volkes! Lebte doch instinktives Sühneverlangen heute nicht nur noch im Volke, sondern auch im Richtergeschlecht von heute. Ist es doch besonders stark bei allen politischen Komplexen! Deshalb ist es eine Gefahr, daß die Reform dem Volke gegeben werden soll, als Geschenk eines Stoßtrupps der Reform, ohne Appell an seine Mitarbeit, unter Mißachtung seiner Vertretung, ohne daß die großen Grundgedanken wie mit Fansarenstößen den breitesten Massen verflüchtigt werden. Hier liegt ein großer Fehler der Vergangenheit — aber er darf nicht ein Fehler der Gegenwart und Zukunft bleiben, um der wahren Reform des Strafrechts willen nicht.

Denn die Wirksamkeit des neuen Bestes erfordert tiefes Eindringen in Verständnis und Rechtsgefühl des Volkes, erfordert eine tiefgehende Ummwälzung überkommener verstaubter Anschauungen. Sie erfordert, daß das Volk selbst darüber reden kann, daß nicht das neue Gesetz vom alten Richtergeist verfälscht wird.

Wit der gesetzgeberischen Aktion von heute ist die Reform des Strafrechts deshalb nicht zu Ende. Es beginnt das Problem der Wandlung der Anschauungen, es erhebt sich das Problem der Heranziehung eines neuen, von neuem Geiste erfüllten Richtergeschlechts, das Problem der Umgestaltung der Erziehung der Richter. Die retardierenden Kräfte auf der Karlsruher Tagung wollten endlich die Strafrechtsreform los werden — aber die Tagung konnte trotzdem nicht an diesen brennenden Problemen vorübergehen und an der Tatsache, daß die eigentliche Problematik erst beginnt.

Hinter dem Strafrecht aber steht das große Kapitel des Strafvollzugs. Auch hier ist ein Reformgesetz vorbereitet — und auch hier liegt die wahre Reform erst in der Zukunft. Ohne die Reform des Strafvollzugs schwebt die Strafrechtsreform in der Luft. Hier lautet das Problem, das in Karlsruhe scharf herausgearbeitet wurde: Erziehung des Prinzipals der Leibzujugung gegenüber dem Gefangenen durch

das Erziehungsprinzip. Aber auch hier zeigten sich die hemmenden Kräfte. Eine starke und eindrucksvolle Betonung des Reformwillens durch Professor Liepmann und Justizrat Geng, durch Professor Radbruch und durch Vorkämpfer des modernen Strafvollzugs wie Ministerialrat Staak vom sächsischen Justizministerium und Regierungsrat Krebs, den Direktor der Strafanstalt Unter-Masfeld — auf der anderen Seite Reformunwilligkeit einer Reihe von Gefängnisdirektoren, die mit sich selbst sehr zufrieden sind.

Auch hier Reformarbeit im stillen — und Notwendigkeit, das Massenverständnis dafür zu wecken. Es ist leider so, daß für große Teile des Volkes die Strafrechtsreform am Tore des Gefängnisses aufhört und dahinter eine unbekannte außergerichtliche Welt beginnt. Es ist noch schlimmer! Wegen Schluß der Debatte, in der Theoretiker und Praktiker des neuen Strafvollzugs sich auseinandergesetzt hätten, erhob sich ein hoher Richter, dankte für das, was er gehört hatte und sprach: „An Richtern ist das Schicksal der Menschen in die Hand gegeben. Wir geben ihn hinaus — und wir wählen bisher doch recht wenig, wohin. Endlich eröffnet sich uns eine weitere Aussicht. Wir müssen lernen aus der Praxis. Es muß sich ein Geschlecht von Richtern entwickeln, das mit dem Strafvollzug verbunden ist und verbunden sein soll.“

Ein Geständnis, das stärker als alles andere zeigt, daß mit der gesetzgeberischen Aktion von heute und morgen erst ein Anfang der Reform gemacht sein wird, daß demnach die Reform von Strafrecht und Strafvollzug an Haupt und Gliedern brennende Notwendigkeit der Zukunft ist.

Diese wahre Reform, ein echter Faktor des Kulturfortschritts, ist eine Bewegung von säkularer Bedeutung. Mehr noch als bisher muß die Sozialdemokratie als Kulturbewegung lebendiges Verständnis des Volkes dafür wecken. Die sozialistischen Juristen in der K. K. stehen als radikale Kriminalisten an führender Stelle der Reformbewegung, eine treibende Kraft, ein mahndes Gewissen. Das Strafrecht ist im tiefsten Grunde verbunden mit den gesellschaftlichen Zuständen und der Lage der gesellschaftlichen Kräfte — und die großen Kämpfe dieser Kräfte wirken auf das geistige Ringen um wahre Strafrechtsreform zurück.

Zieht man die Bilanz der Tagung von Karlsruhe, so wird diese Rückwirkung sichtbar: lebendiger Reformwille, eindrucksvoll verkündet, in die Zukunft weisend, weit über die gesetzgeberischen Pläne von heute hinaus — aber Beschlüsse, die zu einem guten Teil von der Kraft der reaktionären Mächte zeugen, politisch, ja antisozial gefärbt: Ablehnung der Beseitigung der Zuchthausstrafe, Ablehnung der Ausschreibung von Betteln und Landstreicherei aus der Zahl der strafbaren Handlungen, Ablehnung der Streichung der Kaufschulbestimmungen aus dem Hochverratsparagrafen, Ausweichen gegenüber einer klaren Stellungnahme zum Landesverratsunfug, Ausweichen vor einer Entscheidung über die Todesstrafe, Ablehnung der Forderung, daß ohne Verschulden nicht beizutreibbare Geldstrafen nicht in Freiheitsstrafen verwandelt werden dürfen — was direkt antisozial gegen Arbeiter und Nichtbesitzende gerichtet ist, Ablehnung der Zuziehung des Laienelements zum Strafvollzug.

So gewinnt man nicht das Interesse, die Sympathie, die lebendige Teilnahme des Volkes an Strafrecht und an der Strafrechtsreform! Bei aller Anerkennung der Leistung der K. K. in der Vergangenheit muß deshalb ihre Schwäche von heute betont werden, die zugleich die Schwächen der Strafrechtsreform von heute kennzeichnet — uns selbst aber auf die Notwendigkeit verstärkter Aktivität in die Zukunft hinweist.

Gegen Ausfuhr deutschen Brotgetreides. Die an der Brotversorgung in Bayern beteiligten Organisationen haben an den Reichsernährungsminister ein Telegramm gerichtet, in dem sie um sofortige Maßnahmen gegen eine weitere Ausfuhr einheimischen Brotgetreides nach dem Auslande eruchen. Es wird darauf hingewiesen, daß die diesjährige Ernte Deutschlands durch schlechtes Wetter verzögert sei und stark gelitten habe.

## Wahrheit über Rußland!

Eine Erklärung des Genossen Dr. Friedländer.  
Zu Veröffentlichungen der „Roten Fahne“ bittet uns Genosse Dr. Otto Friedländer folgender Erklärung Raum zu geben:

In meinem vor den Berliner Jungsozialisten gehaltenen Referat habe ich mich ebenso wie bei den verschiedenen Vorträgen vor anderen Parteitreffen und bei meinen ausführlichen Berichten in der „Legit.-Zeitung“ als deren Berichterstatter in Sowjetrußland bemüht, die Dinge nach bestem Wissen und Gewissen so darzustellen, wie sie sich mir gezeigt haben. Sind auch in der Berichtserstattung über meinen Vortrag vor den Jungsozialisten nicht alle von mir entwickelten Gesichtspunkte mit aller Deutlichkeit zur Sprache gekommen, so wundere ich mich doch, daß dieselbe „Rote Fahne“, die es gestern noch für gut befand, mich zum „ausgehaltenen Doktor“ und „Lügner“ zu stempeln, nun aus mir einen Kronzeugen für ihre Auffassungen von Sowjetrußland machen möchte. Gewiß, ich habe in dem Streben nach vollständiger Objektivität das Gute und das Schlechte in gleicher Weise hervorgehoben. Ich wollte damit gerade davor warnen, daß Sozialdemokraten, wenn sie nur die Möglichkeit haben, sich frei in Rußland zu bewegen, ungeachtet aller parteipolitischen Gegenläufe bereit sind, zu loben, wo es zu loben, freilich auch zu tadeln, wo es zu tadeln gilt. Im Übrigen ist dafür, welchen Schluß ich aus meinen Eindrücken zu ziehen für gut befand, der beste Beweis der, daß ich durchaus als überzeugter Sozialdemokrat aus Sowjetrußland zurückgekehrt bin.

Wir haben dieser Erklärung nur hinzuzufügen, daß sie vollständig unseren eigenen Auffassungen entspricht. Wie unsinnig die Behauptung des kommunistischen Blattes ist, wir wollten die Darlegungen des Genossen Friedländer verfälschen, geht schon aus dem Umstand hervor, daß wir bereits am 18. August einen Artikel Friedländers über seine Rußlandreise unverändert und unverändert zum Abdruck brachten. Ein weiterer wird folgen.

## ER beglückwünscht.

Michaels Verdienste, wie ICS sie auffasse.

Unser ehemaliger kann bekanntlich von seinen allen Liebhabern nicht lassen. So hat er an den Drei-Monats-Reichstanzler Michaels zu dessen 70. Geburtstag folgendes Hand schreiben gerichtet:

Mein lieber Dr. Michaels! Zu Ihrem Geburtstage gedenke ich Ihrer mit den herzlichsten Wünschen in dankbarer Erinnerung Ihrer Verdienste um Mich und das Reich in schwerer Zeit. Möchten Sie noch lange segensreich für das niederliegende Vaterland wirken können, insbesondere für die so notwendige religiöse und geistige Erneuerung unseres Volkes. Anbei sende ich Ihnen mein Bild. gez.: Wilhelm I. R.

Daß für Wilhelm, der trotz Thronverzichtes noch als Imperator Reg. zeichnet, sein Ich vor dem Reich steht, verwundert uns nicht. Vor mehr als hundert Jahren hat schon der Philosoph J. G. Fichte diesen monarchistischen Größenwahn mit den belächelten Worten getadelt: „Der Monarch ist vor das Volk gesetzt, gleich als ob er nicht da zu gehöre.“ Im vorliegenden Falle trifft Fichtes Wort durchaus zu. Michaels „Verdienste“ um das Reich bestanden bekanntlich darin, daß er den vom Papst unternommenen Friedensversuch sabotierte und damit die Vorbedingungen des Zusammenbruchs von 1918 schuf.

Wilhelm hat ja immer ein scharfes Auge für Verdienste gehabt. So dekorierte er, wie bekannt, nach der Uebergabe Port Arthurs den russischen Kommandeur der Festung, General Stoeffel, mit dem Orden Pour le Merite, was auch für „Verdienst“ heißt. Die Russen selber schätzten Stoeffels Verdienste so hoch, daß sie ihn vor ein Kriegsgesicht stellten und zum Tode verurteilten. Auch Michaels Verdienste um das deutsche Volk können nur von einem Staatsgerichtshof voll gewürdigt werden.

Der Sowjetgesandte in Wien, Jen Berin, ist zum Vertreter der Sowjetunion bei der Ukrainischen Sowjetregierung ernannt worden; nach Wien kommt Turjew.

## Isadora Duncan.

Die einst weltbekannte „Ballettänzerin“ Isadora Duncan wurde, wie sie an anderer Stelle unseres Blattes melden, das tragische Opfer eines eigenartigen Unglücksfalles.

Ein Vierteljahrhundert ist es her, daß die amerikanische Tänzerin Isadora Duncan ihre erste Rundreise durch Europa antrat, um für eine neue Art des Tanzes Propaganda zu machen. Es waren nicht durchaus eigene Ideen, die sie uns brachte. Der französische Schauspieler und Tanzlehrer Delsarte hatte eine Lehre, von der neuen Körpertanz geschaffen, und mit ihr namentlich in Amerika Beifall und Anhänger gefunden. Von dieser Lehre ging die Duncan aus, als sie den ersten Anstoß zur Reform des Kunsttanzes gab.

Der Tanz — lehnte sie — müsse natürlicher und müsse ernster werden. Um die Natürlichkeit zu fördern, legte die Duncan das Gagerdäcken, die Trikots und Tanzschuhe ab und tanzte nacktbeinig in Gewändern, die an antike Formen erinnerten. Um dem Tanz ein ernsteres Gepräge zu geben, lehnte sie die übliche Begleitung leichter Tanzmusik ab. Sie tanzte nicht mehr Strauss und Couperin, sondern Beethoven, Bach und Chopin.

Die Tanzleistungen der Duncan waren kaum mittelmaßig. Die Amerikanerin hatte keinen Tropfen echten tänzerischen Blutes. Aber durch ihre Theorie, durch die Vorträge, mit denen sie bei ihrem ersten Auftreten ihre Vorstellungen einzuleiten pflegte, hat sie aufstrebend und reformatorisch gewirkt. Freilich war auch ihre Theorie keineswegs einwandfrei. Die Duncan ging von der Kunst der alten Griechen aus, bei denen sie ihr Ideal einer schönheitlich kultivierten Natur zu finden meinte. Sie gab Gesten und Stellungen wieder, die sie auf antiken Vasenbildern, an Reliefs und Statuen gesehen hatte, und ihre Kunst bestand im wesentlichen darin, durch tänzerische Bewegungsreihen eine dieser Stellungen mit einer anderen zu verbinden, gewissermaßen von einem lebenden Bild zu einem anderen hinüberzutreten. Sie gestaltete also ihre Tänze nicht schöpferisch aus ihrem Innern heraus, sondern sie ahmte äußere, gegebene Formen nach. Sie bot nicht eigene Kunst, sondern Kunst aus zweiter Hand. Und sie ließ die Tanzbewegungen nicht organisch aus der anderen herauswachsen, sondern sie fügte äußerlich, verstandesmäßig eine Bewegung an die andere, um zu künstlerischen Bewegungsreihen zu gelangen, die die Höhepunkte ihres Tanzes, die gegebenen antifizierenden Attitüden, miteinander verknüpfen.

Das Verfahren der Duncan war von Grund aus unfrei, unkünstlerisch, unfruchtbar. Einen Fortschritt gegenüber dem alten, dem Ballettanze, bedeutete es aber insofern, als es den ganzen Körper in den Dienst des tänzerischen Ausdruckswillens stellte. Die Tänze der Duncan beruhten nicht, wie der Ballettanze, auf einseitiger Beinakrobatik, sondern es wickte in ihnen, und zwar als vornehmstes Ausdrucksmittel, die Sprache der Arme und sogar das Nierenpiel mit. Dadurch erhielten ihre Tänze wenigstens äußerlich den Schein des Durchgeistigten, Befreuten.

Aber wenn auch die Duncan nichts weniger als eine gute

Tänzerin war, wenn auch ihre Theorie von falschen Voraussetzungen ausging, und wenn auch von ihren Reformideen heute nichts lebendig geblieben ist, als etwa die Gewohnheit, nachbeinig zu tanzen, so muß ihr gerochenerweise doch das historische Verdienst zugestanden werden, daß sie als erste den Bann gebrochen hat, der die Entwicklung des Kunsttanzes lähmte. Sie hat nicht den Weg gezeigt, der aus der Sackgasse herausführt, aber sie hat die Welt darauf aufmerksam gemacht, daß es noch eine andere Art von Kunsttanz geben könne, als das Ballett. John Schikowski.

## Marie hat gestohlen.

Vor 21 Jahren erblickte sie das Licht einer Stearinkerze auf der als höchstlich dienenden Kapselkronleuchte. Die markantesten Eindrücke ihrer ersten Jugend trägt sie noch als dicke Striemen auf allen Körperstellen. Früh starb die Mutter, und man erzählte dem kleinen Mädchen, der Tod der Mutter sei daraus zurückzuführen, daß diese vielweil Psol getrunken habe, teures Psol, das die Verdächtige unterschlagen habe, denn es gehörte einem Fabrikdirektor und sollte zum Heiligen von Wörten verwandelt werden. Die feinere Psychologie führt hierauf die kriminelle erbliche Belastung zurück. Weitere belastende Momente findet man in ihren Jugenderinnerungen. Sie erinnert sich, von ihren Pflegerinnen abwechselnd Marie und „Stief-As“ benannt worden zu sein. Der Gang zum letzten Leben und die Puhlsucht dokumentieren sich in der Tatsache, daß die Person einen Substanz trägt, verdächtig ist gleichfalls die saubere Kleidung. Ihre Angaben, das kurze Haar sei eine Folge einer ärztlichen Maßnahme nach einem gewaltsam verursachten Sturz von einer Treppe und nachfolgender Schritterschütterung, erscheint sehr unglaubwürdig, wenn nicht mehr. Die Fürsorgeerziehung soll nicht die erwarteten guten Früchte gezeitigt haben, denn es ist erwiesen, daß Marie, kaum einige Monate in der vermittelten Dienststellung als Tuchmacherin, von dem guten Arbeitgeber einen freien Nachmittag beanspruchte, was natürlich im Hinblick auf ihre kriminelle Veranlagung verweigert wurde.

Eines Tages bemerkte der Bauer, die Morgenmilch der von Marie zu melkenden Kühe differtiere um drei Liter nach unten. Da Marie mit fremden Leuten keinen Umgang pflegte, lag es aus der Hand, daß sie in verbrecherischem Vernichtungswillen die Milch selbst ausgelesen habe. Jetzt warf die ganze Familie des Bauern je ein scharfes Auge auf Marie. Als zwei Sad Korn aus der Scheune verschwand und Marie in ihrer Verlogenheit behauptete, sie hätte gesehen, wie der junge Herr Ludwig, achtbarer Sohn des Hauses, die Sacke eines Abends fortgeschoben habe, da wurde man sofort, diese faule Ausrufe soll die Täterschaft von ihrer Person ablenken.

Aber restlos voll wurde das Maß, als der achtbare Sohn Ludwig aus keiner Briefstache einen größeren Geldbetrag vermisste. Die sofort vorgenommene Inventuraufnahme des gesamten Hofes bestätigte denn auch endlich den gehehnten Veracht: es fehlten zwei Wasserleimer, eine Wagenrunge, zwei Teelöffel, ein Hemd der Hausfrau und eine verpackte Flasche Cognat.

Jeder wird verstehen, daß man eine notorische Diebin nicht in einem achtbaren Haushalt dulden darf, ihre Stehlsucht vermag eine reiche Familie in kurzer Zeit an den Bettelstab zu bringen. Auch

im Interesse der Gesellschaftsordnung muß reiner Tisch gemacht werden: Marie slog auf die Straße. Wie Lit und Lude, dank angeborener Schlaueit, gelang es ihr, eine Stellung bei einer lieben guten Dame in der Stadt zu finden. Obwohl dies durch Erkundigungen von dem sündigen Vorleben der Marie wurde, wollte die Dame es mit ihr bei entsprechendem vergrößertem Lohn versuchen.

Das Schicksal wollte es, daß die gute Dame in der Stadt in eine Beseidigungsfrage verwickelt wurde, und Marie mußte als Belastungszeugin vor Gericht gegen ihre eigene Herrin auftreten. Liegt hierin schon die ganze Verworfenheit der Marie, wieviel erst in dem Umstand, daß sie Postlides auslief. Zwar wurde man den Einbruch nicht los, Marie glaube in ihrer geistigen Beschränktheit ihrer guten Brotgeberin einen Dienst erwiesen zu haben, aber jedenfalls wurde die gute Dame verurteilt.

Die gute Dame geriet in eine mößlose Wat, versprach Marie die prompte Kündigung und bis dahin die Hilfe auf Erden. Auf dem Korridor des Gerichts aber gab sie einem gelangweilten und interessiert aufhorchenden Publikum Marias Lebenslauf vom besten. Marie meinte still in einer Ecke vor sich hin. Die gute Dame lacht ein neues Dienstmädchen, Lohn monatlich 30 Mark, Arbeitszeit von früh 6 Uhr bis abends 11 Uhr, warmes Essen und gutes Bett in gesunder Bodenluft. Bitte nicht drängen. Bartolus.

## Blücher gegen Ludendorff.

Ludendorff, der — weit erfolglos — mit dem Schicksal ganz verzückt, hat geschäftig eine Dolchstoß-Neuerklärung sich entwirrt:

Nur der Freimaurer Intrigen, Die geheime Herr'n der Welt, Hätten ihm beim schönsten Siegen Hinterrücks ein Bein gestellt.

Gegen seine Stirn getupfet Hat ein jeder, der dies las. Doch die Mauer, arg verschmupfet, Sagten: Das geht über'n Spatz!

Und sie legten dem Strategen, Der so falsche Töne bläst, Einem Feldherrn Wort entgegen, Der selbst Freimaurer gewest!

Blücher hat mit derdem Fluche Einst energisch Front gemacht Gegen „denne Verfuße Der Verleumderrücktracht“.

Ludendorff, das hat geiffen. Aber — daß sie lust dein Blech Mit des Siegers Wort gemessen — Das ist dein besondres Pech!

Rich. von Lindenhefen.

In der Volksbühne, Theater am Blomplatz, findet eine Neuaufführung von Schillers „Kabale und Liebe“ unter der Regie von Fritz Doll statt. Bühnenbilder: Edward Gutz.

## Das Urteil über Turatis Helfer.

Gast und Gefängnisstrafen.

Savona, 15. September.

Im Turati-Prozess wurde in der vergangenen Nacht das Urteil gefällt. Die beiden Flüchtlinge Philippo Turati und der Advokat Ferdini, die Professoren Roselli und Parri, der Vermittler des Motorbootes da Bove und der Benzinslieferant Boguace wurden zu zehn Monaten Haft verurteilt. Der Kapitän D'Alia, der das Boot nach Korsika gesteuert hatte, wurde wegen erschwerender Umstände zu 1 Jahr, 1 Monat und 20 Tagen Gefängnis verurteilt. Der Redakteur Spirito, der Journalist Aldini und zwei andere Angeklagte wurden freigesprochen.

Das Urteil von Savona ist an Insamie immerhin hinter dem Antrag des Staatsanwalts zurückgeblieben. Trotzdem bleibt dieser Prozess und sein Ergebnis eine ungeheure Schmach für das faschistische Italien. Die beiden politischen Hauptangeklagten Roselli und Parri haben sich durch ihre tapfere Befreiungstat an Turati den Dank aller anständigen Menschen verdient, sie sind dadurch selbst zu Märtyrern der italienischen Freiheitsbewegung geworden.

Professor Carlo Roselli ist erst 29 Jahre alt. Er ist der sozialistischen Bewegung im Jahre 1923 nach dem „Marsch auf Rom“ beigetreten, als man das Gefängnis und selbst den Tod riskierte, wenn man sich zum Sozialismus bekannte. Er lehrte Nationalökonomie an der Hochschule für Wirtschaftswissenschaften in Genua. Im Jahre 1926 gab er diese bequeme Stellung auf, um ein kultursozialistisches Wochenblatt zu gründen, das wenige Monate später verboten wurde. Sein Haus in Florenz wurde am 15. Juni 1925 von den Faschisten zerstört, die einen Schaden von 150 000 Lire anrichteten.

Professor Ferruccio Parri ist ein Liberaler. Vor dem Kriege unterrichtete er in Mittelschulen. Nach dem Kriege trat er in die Redaktion des „Corriere della Sera“ ein, wo er bis zum November 1925 blieb, als der Senator Albertini gezwungen wurde, die Leitung des Blattes niederzulegen und den Faschisten abzutreten.

Als Mitschuldige von Turati verhaftet, der auf irregulärem Wege ins Ausland gegangen war, hatten Roselli und Parri ein Anrecht, entsprechend dem italienischen Gerichtsverfahren, in Freiheit gelassen zu werden. Der Richter verordnete aber ihre Verhaftung. Deshalb wurden sie wie Verbrecher gefesselt und auf der Insel Ustica interniert, von wo sie zu dem Prozess nach Savona übergeführt wurden. Zu der Tat, für die sie verurteilt worden sind, hatten sie sich mit aufrechtem Stolz bekannt.

## Parlament unter Zensur.

So regiert man in Spanien.

Madrid, 15. September.

Der Erlass über die Einberufung der Nationalversammlung enthält folgende Bestimmungen: Der König hat das Recht, die grundsätzliche auf drei Jahre festgesetzte Dauer der Nationalversammlung zu verlängern und zu kürzen. Die Nationalversammlung wird aus mindestens 325 und höchstens 375 Mitgliedern bestehen. Frauen dürfen Mitglieder werden. Mitglieder werden u. a. sein: Der Oberbefehlshaber der Seestreitkräfte, der Chef des Admiralstabes, die Generalkapitäne der Armee, die Präsidenten des Staatsrates, der obersten Gerichte, sowohl der Zivil- wie der Militär- und Marinegerichtsbarkeit, die Erzbischöfe, die Staatsanwälte am Staatsgerichtshof, die Gouverneure der Bank von Spanien, der Hypothekbank und der Bank für Kredit, außerdem

als Vertreter von Madrid und Barcelona die kommandierenden Generäle

Dieser militärischen Befehlsbereiche, ihre beiden Zivilgouverneure, Bischöfe, Bürgermeister und die Rektoren ihrer Universitäten. Der Präsident der Nationalversammlung wird 25 000 Pesetas Repräsentationsgelder erhalten, der Vizepräsident 10 000 Pesetas, die vier Schriftführer 5 000 Pesetas; außerdem die Anwesenheitsgelder von 25 Pesetas für jede Sitzung und 50 Pesetas für jede Bundesrats-Sitzung. Der Nationalversammlung werden ferner angehören die früheren Minister und Generale, die Mitglieder des Direktoriums und die Präsidenten der amtlichen Kommissionen. Die freien Berufe werden ebenfalls vertreten sein.

Die Veröffentlichung der Verhandlungen der Nationalversammlung soll der Zensur unterliegen. Keine Vorlage darf mehr als drei Stunden diskutiert werden! Jeder Redner wird nur 20 Minuten zum gleichen Thema sprechen dürfen.

## Der Sejm vor dem Kampfe.

Wird Pilsudski die Session wieder schließen?

Warschau, 15. September (Eigenbericht.)

Dienstag fand eine Konferenz der Parteiführer mit Sejm- und Senatsmarschall statt, in der als Termin für die erste Sitzung des Sejms der Montag festgesetzt wurde. Als Tagesordnung der Sitzung wurde die Tagesordnung der letzten Sitzung der vorigen Session bestimmt, die zur Schließung des Sejms geführt hatte. Unter anderem handelt es sich um die Ablehnung des Pressegesetzes, der Verleihung des Selbstauflösungsrechtes an Sejm und Senat u. m. Es bleibt abzuwarten, ob die Regierung diese Frage durch das Parlament erledigen lassen wird oder ob sie auch diesmal die Tätigkeit des Parlaments durch eine plötzliche, nicht dem Geiste der Verfassung entsprechende Schließung des Sejms unterbrechen wird. In parlamentarischen Kreisen glaubt man, daß die bevorstehende Session den Höhepunkt des seit Mai vorigen Jahres andauernden Konfliktes zwischen Sejm und Regierung bilden wird.

## Die Internationale der Hausbesitzer.

Der Völkerbund soll ihnen hohe Mieten garantieren!

Haag, 15. September.

Auf dem hier tagenden Kongress des internationalen Verbandes der Haus- und Grundbesitzervereine wurden von Seiten der österreichischen Haus- und Grundbesitzervereine lebhafteste Klagen über die Behandlung der Hausbesitzer in Österreich geäußert. Das Verbandsbureau wurde vom Kongress ermächtigt, in dieser Angelegenheit einen Protest beim Völkerbund einzureichen, der damit begründet werden soll, daß in Österreich die Grundzüge des internationalen Rechts über die Unverletzlichkeit des Privateigentums verletzt worden seien.

Der Kongress nahm eine Entschlüsselung an, die sich gegen die Zwangswirtschaft im Wohnungswesen richtet und in allen Ländern die Rückkehr zur freien Wirtschaft im Haus- und Grundbesitz als der normalen Wirtschaftsform fordert.

# Der Müller von Glienicke ermordet.

Mit durchschnitener Kehle aufgefunden.

Zur Aufklärung eines Kapitalverbrechens wurde heute morgen die Nordkommission der Berliner Kriminalpolizei nach dem großen Dorfe Glienicke im Kreise Beestorf-Storfow gerufen.

Etwas 300 Meter von diesem Dorfe entfernt liegt das Gehöft des Mühlenbesizers Emil Märker, eines Mannes von 44 Jahren. Ebenso weit von dem Gehöft mit der Wohnung ab steht die Windmühle, die der Besitzer allein betrieb. Gestern abend verabschiedete sich Märker von seiner Frau und seinen vier Kindern, um sich zur Nacharbeit nach der Mühle zu begeben. Die Familie ging gleich darauf zu Bett. Heute morgen vermählte Frau Märker, als sie erwachte, ihren Mann, der schon hätte zurückgekehrt sein müssen. Sie ging nach der Mühle zu, fand diese zu ihrem Ersauern offen stehen und noch beleuchtet. Da sie nichts Gutes ahnte, so holte sie einige Leute herbei, mit denen sie dann nachsah. Jetzt fand man vor der Mühle eine große Blutlache. Märker wurde vergeblich in der ganzen Mühle gesucht. Als man näher zusah, fand man, daß von der Blutlache eine Spur den Abhang hinunterführte. Man ging ihr nach und entdeckte jetzt in einer Erdovertiefung, etwa zehn Schritte von der Blutlache entfernt, die Leiche Märkers, die mit einem Bund Stroh zugedeckt war. Dem Manne war die Kehle durchgeschnitten. Wahrscheinlich ist er auch angeschossen worden. Der Amtsvorsteher Wuls von Glienicke, der sofort von dem Verbrechen in Kenntnis gesetzt wurde, alarmierte die Landjäger und

die Staatsanwaltschaft von Frankfurt a. d. O. Der Oberstaatsanwalt wandte sich alsbald an die Berliner Kriminalpolizei um Entsendung der Nordkommission nach dem Tatort.

Der Chef der Kriminalpolizei, Regierungsdirektor Dr. Hagemann, entsandte die Kommissare Bernburg und Quos mit ihren Beamten und Beamten des Erkennungsdienstes. Die gemeinsamen Feststellungen ergaben, daß Märker in der Nachtzeit auf seiner Mühle noch tätig gewesen und irgendwie von der Arbeit weggejagt worden ist. Mehrere Bewohner von Alt-Glienicke bekunden, daß sie dort gestern abend fremde Leute beobachtet hätten. Sie wußten auch in der Nacht mehrere Schüsse gehört haben. Es ist möglich, daß diese Schüsse Märker veranlaßt haben, aus der Mühle her auszutreten, um zu sehen, was es gäbe. Er kann aber auch auf eine andere Weise herausgelockt worden sein. Wahrscheinlich ist er gleich beim Herausstreten aus der Mühle angeschossen worden. Die Verbrecher, vielleicht auch nur einer, haben ihm dann sofort die Kehle durchgeschnitten und die Leiche den Abhang hinuntergeschleift und in der Vertiefung hingelagert. Ob sie dem Ermordeten etwas geraubt haben, ließ sich noch nicht feststellen.

Die Nordkommission und die Landjäger haben die Ermittlungen nach allen Richtungen sofort in die Wege geleitet. Eine Spur der Verbrecher ist aber bisher nicht gefunden. Der Mord erregt in der Gegend ungeheures Aufsehen. Am Tatort erschien persönlich auch der Oberstaatsanwalt von Frankfurt a. d. O.

## Der Baron sucht Dumme.

Ein adliger Heiratschwindler verhaftet.

Der Titelsucht und der stummen und dummen Verehrung des Aristokratentums sind wieder einige von denen, die nicht alle werden, zum Opfer gefallen.

Ein 27 Jahre alter Baron Eberhard von Schoeller war früher wegen kleinerer Schwindelacten zu einer Strafe verurteilt worden, die er noch verbüßen sollte. Um sich ihr zu entziehen, begab er sich nach Schweden. Der schwedischen Sprache mächtig, fand er leicht Anschlag. So lernte er auch eine nicht mehr ganz junge Dame kennen, die sich in ihn verliebte. Obwohl sie verheiratet und noch nicht geschieden ist, reiste sie ihm nach Berlin nach, weil ihr der Baron, der in Schweden seinen richtigen Namen führte, versprochen hatte, sie sofort nach der Scheidung zu heiraten. Beide wohnten in einem Pensionat in der Augsburger Straße. Von Schoeller erzählte der Dame, daß er ein Autofabrikanten gründen wolle. Zu diesem Zwecke suchte er Mittel. Die Dame war gern bereit, ihn zu unterstützen und verkaufte Hypotheken und Aktien, die sie besaß. Vor einigen Tagen erhielt sie 14 000 Mark ausgezahlt. Der Baron nahm das Geld in Empfang und fuhr angeblich ab, um außerhalb Berlins Autodroschken anzukaufen. Bald darauf entdeckte die Schwedin, daß er auch ihre Perlenkette im Werte von 10 000 Mark, einige andere Schmucksachen und zwei Diamanten im Werte von 500 Mark mitgenommen hatte. Jetzt wandte sie sich an die Kriminalpolizei, die auch ermittelte, daß der Schwindler einmal gedauert hatte, nach Chemnitz fahren zu wollen, um dort ein Motorrad zu kaufen. Die Chemnitzer Kriminalpolizei konnte den Schwindler festnehmen, als er in einem Geschäft erschien, um ein Rad zu kaufen. Der Verhaftete war in einem Hotel unter falschem Namen abgestiegen und hatte die Absicht gehabt, mit dem Motorrad das Weite zu suchen. Ein Teil des Geldes und die Perlenkette wurde bei ihm noch gefunden. Mitteilungen zur weiteren Aufklärung seines Treibens in Berlin nimmt die Dienststelle D. 5 der Kriminalpolizei entgegen.

## Der republikanische Stadtarzt.

Das Spandauer Bezirksparlament erlebte am Mittwochabend eine große Flaggendebatte. Den Anlaß dazu gab ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, der forderte, daß der Bürgermeister disziplinarisch gegen den Stadtarzt Dr. v. Bagedes vorgehen solle, weil dieser in einer Sitzung der Gesundheitskommission in verächtlicher Weise von den Reichsfarben gesprochen hatte. Als er in einer Sitzung gefragt wurde, ob er zum Verfassungstage eine Reichsflagge für das Gesundheitsheim Wandsdorf beschaffen habe, erklärte der Stadtarzt: „Ich habe ein schwarz-rotes Tuch hinausschaffen lassen!“ In dieser Äußerung erblickten die Republikaner eine Schmäherung der Reichsfarben. Daß v. Bagedes diese Äußerung mit Vorbedacht getan hatte, geht daraus hervor, daß er sie ein zweites Mal wiederholte.

Zu dem Antrage erklärte Bürgermeister Stritter, daß er der Auffassung sei, die Reichsflagge müsse wohl gegen Schmäherungen geschützt werden; in der Äußerung des Herrn v. Bagedes erblickte er jedoch keine so schwere Verfehlung, daß er deswegen disziplinarisch gegen ihn vorgehen müsse. Der deutschnationalen Bezirksverordnete Dr. Krummen, ein noch im Amt befindlicher Landgerichtsrat, vertrat die Meinung, daß v. Bagedes einwandfrei gehandelt habe. Der Kommunist Selbmann benutzte die Gelegenheit, in gehässigster Weise gegen die Sozialdemokratie und die Reichsfarben zu wettern und vor allem seine Bundesbrüder schaltete mit den Deutschnationalen im Kampfe gegen die Republik wieder einmal darzutun. Der Vertreter des Zentrums, Rektor Galle, ging scharf mit den Deutschnationalen ins Gericht und legte ein offenes Bekenntnis für die Republik ab. Ein gleiches tat Dr. Hirschfeld von den Demokraten. Schließlich wurde der sozialdemokratische Antrag mit den Stimmen der Sozialdemokraten, des Zentrums und der Demokraten angenommen. Ob jedoch der Bürgermeister gegen v. Bagedes vorgehen wird, scheint mehr als zweifelhaft; erklärte er doch, daß er trotz Annahme des sozialdemokratischen Antrages keinen Grund zum disziplinarischen Einschreiten gegen den Stadtarzt sehe.

**Eisenbahners Tod.** Auf dem Güterbahnhof in Königsmusterhausen ereignete sich heute früh gegen 8 Uhr ein tödlicher Unfall. Der 23jährige Schlosser Walter Jensen aus der Mirbachstr. 24 vom Eisenbahnbetriebswerk Grünau wollte die Gleise überschreiten und über sah einen heranrollenden Rangierzug. Er wurde von der Lokomotive erfasst und schwer verletzt. Ein sofort hinzugerufener Arzt vermochte dem Verunglückten keine Hilfe mehr zu bringen. Die Leiche wurde beschlagnahmt und in die Königsmusterhäuser Friedhofsallee gebracht.

Wer hist? Die Berliner Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde hat in Birkenwerder ein Stück Land gekauft, um den Berliner Kindern Gelegenheit zum mehrtägigen Aufenthalt in freier Natur zu jeder Zeit zu geben. Auf diesem Grundstück steht eine Scheune, die unbedingt abgerissen werden muß, weil sie eine Gefahrgenisse für die Kinder ist und weil der Platz für die Aufstellung einer Baracke gebraucht wird. Die Berliner Helfer, die ehrenamtlich schon alle Sonnabende und Sonntage dort arbeiten können allen den Abbruch vor Beginn der Herbstferien nicht mehr schaffen. Bis zu den Ferien soll aber die neue Baracke aufgestellt werden, um mehreren Kindergruppen Gelegenheit zum Freizeitaufenthalt dort zu geben. Deshalb bitten die Kinderfreunde Parteigenossen, die bereit sind, ihnen bei der Abbrucharbeit zu helfen, sich bis zum Freitag bei der Genossin Friedel Wurmuth zu melden oder am Freitag, von 13 bis

16 Uhr, zu ihr in die Geschäftsstelle, Lindenstraße 3, 2. Hof, 2 Tr., zur näheren Beiprechung zu kommen. Wir erwarten, daß sich Genossen finden werden, die bereit sind, einige Sonnabend- oder Sonntagsstunden für diese Hilfsarbeit für unsere Kinder zu opfern, damit in den Herbstferien die Kinder in Birkenwerder sich tummeln können.

## Jubiläum der staatlichen Impfanstalt.

Vor 125 Jahren, im Jahre 1802, wurde in Berlin die staatliche Impfanstalt eröffnet. In Preußen war die Schutzpockenimpfung eingeführt worden, und die Impfanstalt hatte bei der Durchführung dieser Maßregel mitzuwirken. Die für die Impfung erforderliche Lymphe in einwandfreier Beschaffenheit zu liefern und stets in ausreichenden Mengen bereitzubehalten, ist Aufgabe der Impfanstalt.

An der Jubiläumfeier, die gestern im Kaiser-Friedrich-Haus am Luisenplatz stattfand, beteiligten sich Vertreter der Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden und der Ärzteschaft. Auch ein Vertreter des englischen Gesundheitsministeriums war anwesend. Für das Berliner Polizeipräsidium, dem die Impfanstalt unterstellt ist, begrüßte Polizeipräsident Jürgel die Festteilnehmer. Er wies darauf hin, wie sehr nach Einführung der Schutzpockenimpfung die Pockenepidemie eingebremst worden seien. Im Jahre 1796, wo der englische Arzt Jenner für die Impfung zu werben begann, habe Preußen 25 000 durch Pocken verursachte Todesfälle gehabt. In Berlin sei damals ein Zwölftel der Gesamtbevölkerung auf diese mörderische Seuche entfallen. Prof. Ginz, der jetzige Leiter der Impfanstalt, gab in seiner Festrede einen Überblick über die Arbeit der Anstalt unter ihren früheren Leitern. Vertreter von Behörden, Anstalten und Vereinen, u. a. von der Medizinischen Verwaltung Preußens, vom Innenministerium des Reiches, von der Stadt Berlin, vom Institut Robert Koch, überbrachten Glückwünsche.

50-Pfennig-Nickelstücke werden von der Reichsbank jedoch dem Verkehr übergeben. Sie sind im Format etwas kleiner als die Zehnpfennigstücke, jedoch weiß in der Farbe. Die Ausgabe hat gestern begonnen.

## Tragischer Tod der Duncan.

Aus Unachtsamkeit vom Halschal erdroffelt.

Paris, 15. September.

Die berühmte Tänzerin Isadora Duncan, die im Jahre 1878 in San Francisco geboren wurde, wurde gestern in Nizza das Opfer eines eigenartigen Autounfalls. Als der Rennwagen, in dem die Duncan Platz genommen hatte, anfuhr, ritt sie sich die Spitze ihres Halschales um eines der Hinterräder, so daß die Tänzerin erdroffelt und ihr Körper aus dem Wagen herausgezogen wurde. Bekanntlich wurden auch die beiden Kinder der Duncan das Opfer eines Autounfalls, da der Wagen über die Böschung des Pariser Seineufers in den Fluß stürzte.

Ueber den tragischen Tod der Tänzerin Isadora Duncan werden noch folgende Einzelheiten bekannt. Die Tänzerin, die im Vorjahr eine Tanzschule errichtet hatte, war vor einem Monat von Paris dorthin zurückgekehrt. In der Absicht, ein schnellfahrendes Automobil zu kaufen, hatte sie mit einem Kraftwagenhändler eine Probefahrt vereinbart. Als dieser zur festgesetzten Stunde vorkam, spielte sich eine ergreifende Szene ab. Eine intime Freundin der Tänzerin, die mit ihr zusammen wohnt, beschwor sie, nicht den Wagen zu besteigen, und rief ihr zu: „Wenn Sie nicht auf mich hören, wird Ihnen ein Unglück zustößen. Ich habe die Vorahnung einer Katastrophe!“ Isadora Duncan scherzte jedoch und bestieg trotz aller Bitten der Freundin den Wagen. Sie trug einen um den Hals geschlungenen venezianischen Schal, dessen eines Ende aus dem Wagen hing. Im Augenblick, als der Wagen anfuhr, grieten die Franzen zwischen Kotfänger und Karosserie und rollten sich um die Speichen des linken Rades. Isadora Duncan wurde aus dem Wagen gezogen und stürzte zu Boden, wo sie mit gedrogener Wirbelsäule liegen blieb.

## Die Weltflieger geben auf.

New York, 15. September.

Die amerikanischen Flieger Schlee und Brock haben nunmehr endgültig den Plan eines neuen Rekords im Flug um die Welt aufgegeben. Wie sie selbst erklärten, haben sie Hunderte von Telegrammen erhalten, in denen sie dringend gebeten werden, den Flug über den Stillen Ozean zu unterlassen, da er einem selbstmörderischen Versuch gleichkäme. Die Flieger haben nun 12 235 Meilen im Flugzeug zurückgelegt, wobei die gefährlichste Etappe nach ihren Angaben die Strecke Omura-Lotto gewesen ist.

## Higewelle in Chicago.

Aus Chicago werden bereits 12 Todesopfer der völlig unerwarteten Higewelle gemeldet. Zum erstenmal in der Geschichte Chicagos sind die Schulen wegen Hitze geschlossen worden. Von den unwilligen Ferien sind etwa 24 000 Kinder betroffen. Meteorologische Sachverständige erwarten für Freitag ein Nachlassen der Hitze. Die erschöpfte Bevölkerung klammert sich an die Hoffnung, nur noch einen Tag die Sonnenglut ertragen zu müssen. In Chicago zeigt das Barometer noch 95 Grad, während die Temperatur in New York zwischen 64 und 72 Grad Fahrenheit schwankt.

# Die „Nordöstliche“ im Jahre 1926.

Von der Unfallversicherung im Baugewerbe.

Die „Nordöstliche“ Baugewerks-Berufsgenossenschaft hat vor kurzem ihren Rechenschaftsbericht für das Jahr 1926 herausgegeben. Einleitend wird gesagt, daß das Berichtsjahr der Berufsgenossenschaft eine „sehr erhebliche Mehrbelastung“ gebracht hat, indem sich die durch das zweite Gesetz über Änderungen in der Unfallversicherung vom 14. Juli 1925 eingetretenen Leistungserhöhungen voll auswirkten. Bessere kommen in der Steigerung der Unfallentschädigungen zum Ausdruck; diese betragen im Jahre 1926 insgesamt 3361232,90 Mark, gegen 2400975,90 Mark im Jahre 1925, und 1497589,73 Mark im Jahre 1924. Die „Befürchtung“, so heißt es in dem Bericht, „daß die Entschädigungslast mit Rücksicht auf die Bestimmungen über die Ausdehnung der Versicherung auf die Gewährung von Pflege- und Krankenbehandlung usw. der Summe, die im Jahre 1913 an Entschädigungen gezahlt wurde, nahe kommen würde, ist eingetreten.“ Der Vergleich mit dem Jahre 1913 ist nicht anhängig. In der Vorkriegszeit rechneten wir mit Goldmark, jetzt dagegen mit Reichsmark. Für

## Heilanstaltspflege und Helferverfahren

wurden im Jahre 1926 insgesamt 338 606,46 Mark, gegen 181 401,12 Mark im Jahre 1925 aufgewendet. Mit Beträubnis stellt der Berichtsteller fest, daß die Ausdehnung der Versicherung auf die Wege nach und von der Arbeit sich sehr bemerkbar macht, denn 3,26 Proz. aller gemeldeten Unfälle sind auf Unfälle zurückzuführen, die sich außerhalb des Betriebes ereigneten. Der Berichtsteller klagt mit den Scharfmachern über die „schwere Belastung der Wirtschaft durch soziale Maßnahmen“.

„Die Belastung der Wirtschaft mit sozialen Ausgaben ist auf dem Gebiet der Krankenversicherung, Erwerbslosen-, Invaliden- und Angestelltenversicherung noch schwerer. Es muß daher immer wieder von der Reichsregierung und dem Reichstag mit Nachdruck gefordert werden, daß sie bei Prüfung der immer wiederkehrenden Anträge auf weiteren Ausbau der Sozialversicherung und sonstigen sozialen Ausgaben deren Tragbarkeit für die Wirtschaft genau erwägen.“

Die Lohnsumme und der Jahresarbeitsverdienst der Selbstversicherer betrug im Jahre 1926 insgesamt 334 453 942 Mark, gegen 310 880 145 Mark im Jahre 1925. Das ist ein Mehr von 23 573 794 Mark. An diesem Mehr war die Sektion I (Groß-Berlin) mit 21 329 708 Mark, die Sektion II (Provinz Brandenburg) mit 2 876 446 Mark, und die Sektion III (Pommern) mit 10 362 Mark beteiligt; die Sektion IV (Ost- und Westpreußen) dagegen hatte ein Minus von 582 722 Mark, gegen 1925.

Insgesamt waren bei der Nordöstlichen Baugewerks-Berufsgenossenschaft

im Jahre 1926 22 980 Betriebe versichert.

Die Zahl der Selbstversicherer betrug 16 736. Gegen 1925 hat die Zahl der Betriebe um 1454 und die der Selbstversicherer um 1637 zugenommen. Die Zahl der versicherten Personen einschließlich der Selbstversicherer betrug im Berichtsjahr 210 090 gegen 207 585 im Jahre 1925. Die Zahl der Beschäftigten hat demnach im Berichtsjahr um 2505 zugenommen.

Die Zahl der gemeldeten Unfälle im Jahre 1926 betrug 15 342 einschließlich der gewerblichen Erkrankun-

gen gegen 10 622 im Jahre 1925 und gegen 9864 im Jahre 1913; eine Steigerung um 4720 gegen 1925 und um 5478 gegen 1913. Die Zahl der erstmalig entschädigten Unfälle — das sind solche, die nach Ablauf des Heilverfahrens bzw. nach Ablauf der Karenzzeit (8 Wochen) noch eine Erwerbseinkünfte von mindestens 10 Proz. hinterlassen haben — betrug 1025 gegen 936 im Jahre 1925.

Auf 1000 versicherte Personen entfielen im Jahre 1926 73 gemeldete Unfälle (gegen 51,17 im Jahre 1925) und 4,88 entschädigte Unfälle (4,49 im Jahre 1925 und 6,63 im Jahre 1913).

Hierzu bemerkt der Bericht: „Diese Steigerung (angemeldete Unfälle) kann nicht als Beweis für eine Steigerung der Unfallgefahren im Baugewerbe gewertet werden. Es wirkt sich hierin vielmehr in erster Linie das zweite Gesetz über Änderungen in der Unfallversicherung aus.“ Dann heißt es weiter: „Während also die Steigerung bei den gemeldeten Unfällen 42,66 Proz. beträgt, beläuft sie sich bei den erstmalig entschädigten Unfällen nur auf 8,68 Proz.“ Das ist ein sehr schwacher Trost. Auch die „gemeldeten Unfälle“ stellen einen Beweis für die Unfallgefahren dar. Wenn der Arbeiter infolge eines Unfalles auch nur wenige Wochen aus seiner Erwerbsfähigkeit herausgerissen wird, erleidet er einen recht erheblichen Verlust an seinem Lohnverdienst. Dieser Verlust wird ihm von niemandem ersetzt. Zufällig berührt im Bericht, daß die tödlichen Unfälle auch nicht mit einem Wort erwähnt werden. Sind die genauen Zahlen nicht bekannt?

In 126 Fällen wurden gegen die Unternehmer wegen Verstößen gegen die Unfallverhütungsvorschriften, in 52 Fällen wegen unrichtiger Lohnangaben, in 119 Fällen wegen Nichteinreichung des Jahreslohnnachweises Strafen festgesetzt. In 54 Fällen wurden die Strafen ermäßigt oder aufgehoben.

Außerordentlich hoch sind

## die Verwaltungskosten,

worunter allerdings die Kosten des Rechtsganges und der Unfallverhütung enthalten sind; sie betragen für die Genossenschaft 424 380,90 Mark, für die Sektionen 563 568,33 Mark. Die Kosten des Rechtsganges und der Unfallverhütung sind um 25,3 Proz. gestiegen. Inneres Erachtens sind die Kosten der Verwaltung von denen der Unfallverhütung getrennt aufzuführen. Warum geschieht es nicht? Ebenso unklar ist die Ueberwachung der Betriebe. Nach den Bestimmungen des Reichsversicherungsamtes sind von den 22 980 Betrieben „nur“ 11 143 (einschließlich der Eigenbauarbeiten) revisionsfähig. Nach dem Bericht fanden 18 336 Besichtigungen statt. Nun kann im Baugewerbe nicht von Betrieben gesprochen werden, wo es sich um Bauarbeitsstellen handelt, deren oft zehn und mehr zu einem Betriebe gehören. Hunderte von Bauarbeitsstellen sind im Jahre 1926 auch nicht ein einziges Mal von den technischen Aufsichtsbearbeitern bezüglich der Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften revidiert worden. Die 16 Aufsichtsbearbeiter haben sehr viel mit den Lohnbuchprüfungen zu tun und im Berichtsjahr allein 7 794 062 Mark von den Unternehmern zu wenig angegebene Löhne — Rechlöhne — ermittelt. Die Kontrolle der Bauarbeitsstellen ist unzureichend und verfehlt mit der stetigen Steigerung der Unfälle. Unfallverhütung durch intensivere Ueberwachung der Arbeitsstellen ist deshalb wichtiger als die Unfallentschädigung.

## Ein Flugblatt anstatt Lohnhöhung.

Unternehmertaktik im mitteldeutschen Kohlenbergbau.

Halle a. d. S., 15. September.

Der Arbeitsverband für den Braunkohlenbergbau hat heute den Beschäftigten der dem Verbands angehörenden Braunkohlengruben Flugblätter ausgehändigt, in denen erklärt wird, daß die Arbeitgeber bei den Lohnverhandlungen im Hinblick auf die Lohnentwicklung in den anderen Industrien eine Lohnhöhung als wünschenswert bezeichnen hätten. Solange jedoch jede Kohlenpreiserhöhung grundsätzlich abgelehnt werde, seien die Arbeitgeber nicht in der Lage, Lohn erhöhungen zuzugestehen.

Bereits in unserer gestrigen Abendausgabe haben wir diese Taktik gekennzeichnet. Die Erregung der Braunkohlengruben über ihre elenden Löhne soll abgelenkt werden. Dafür, daß die Bergarbeiter in Mitteldeutschland so jämmerlich bezahlt werden, daß sogar die Unternehmer selber eine Lohnhöhung als „wünschenswert“ erklären, sollen sie vor die Kohlenpreiserhöhungskarte der Unternehmer gesperrt werden, denen die Kohlenpreiserhöhung natürlich weit wünschenswerter ist als eine Lohnzulage für ihre Arbeiter. Die Arbeiter werden sich auch durch das Flugblatt nicht irren machen lassen, sondern sich eine Lohnhöhung auch ohne Kohlenpreiserhöhung erkämpfen.

## Weißer Zähne

machen jedes Kind ansehnlich und schön. Oft schon durch einmaliges Waschen mit der herrlich erfrischenden Chloraodonten

Chlorodont-Zahnwaße erzielen Sie einen wunderbaren Glanzbelang der Zähne, auch an den Seitenflächen, bei gleichzeitiger Beseitigung der dafür eigens konstruierten Chlorodont-Zahnbürste mit gezahntem Borstenschnitt. Füllende Speisereste in den Zahnräumen können als Ursache des Allen Mundgeruchs werden rasch damit beseitigt. Versuchen Sie es zunächst mit einer kleinen Tube zu 60 Pfg., Chlorodont-Zahnbürste für Kinder 70 Pfg., für Damen 1,25 (siehe Buchen), für Herren 1,25 (siehe Buchen). Nur echt in blau-grüner Originalpackung mit der Aufschrift „Chloraodont“, liberall zu haben.

## Unbegründete Angehörstrafe.

Vor dem Arbeitsgericht stand der Vertreter des Metallarbeiterverbandes als Bevollmächtigter des Klägers dem Prozessvertreter einer großen Firma gegenüber. Letzterer schien über die Prozesslage schlecht informiert zu sein, denn er wußte nicht anzugeben, über welche Tatsachen ein von ihm benannter Zeuge vernommen werden sollte. Kamentlich handelte es sich um gewisse, für den Prozeß wesentliche Daten. Der Vorsitzende, Amtsgerichtsrat Dr. Leckenberg, ersuchte den Vertreter der Firma, seinen auf dem Korridor weilenden Zeugen nach diesen Daten zu fragen. Dagegen erhob der Vertreter des Metallarbeiterverbandes Einspruch. Troßdem wiederholte sich derselbe Vorgang noch einmal. Wieder protestierte der Vertreter des Metallarbeiterverbandes dagegen, daß dem Beklagten Gelegenheit gegeben werde, sich notwendige Unterlagen für die Prozeßführung durch Befragen eines Zeugen zu beschaffen. Bei dieser Gelegenheit sagte der Vertreter des Metallarbeiterverbandes: „Wenn die Prozeßführung so gehandhabt werden soll, dann wird das Arbeitsgericht nicht an Ansehen gewinnen.“

Wegen dieser Bemerkung wurde der Verbandsvertreter in eine Angehörstrafe von 20 Mark genommen, weil er eine öffentliche Behörde, das Arbeitsgericht, beleidigt habe.

Wir können in der Bemerkung des Verbandsvertreters keine Beleidigung des Gerichts erblicken. Sie stellt lediglich einen Protest gegen das Verhalten des Vorsitzenden dar. Hierzu hatte der Verbandsvertreter guten Grund, denn wenn sich eine Prozeßpartei auf Zeugen beruft, muß sie angeben, was diese Zeugen bekunden sollen. Unzulässig ist es, durch einen Zeugen Tatsachen und Daten zu erfahren, von denen die Prozeßpartei selbst keine Kenntnis hat. Der Protest des Verbandsvertreters war also in der Sache berechtigt und in der Form nicht beleidigend.

## Drohender Streik in der französischen Rheinschiffahrt

Der Deutsche Verkehrsverband ist im Reichsarbeitsministerium vorstellig geworden, damit die Reichsregierung endlich einmal etwas zur Durchführung des zwischen Deutschland und Frankreich abgeschlossenen Staatsvertrags zur Regelung der Arbeits-

verhältnisse des französischen Rheinschiffahrtspersonalis tut. Das Reichsarbeitsministerium hat in Aussicht gestellt, sich mit dem Auswärtigen Amt in Verbindung setzen zu wollen, damit in Paris die entsprechenden Schritte unternommen werden. Wenn die französische Regierung die französischen Rheinschiffahrtsgesellschaften zum Einlenken bringt, dann können sofort in Duisburg mit dem Deutschen Verkehrsverband Verhandlungen zur Verbesserung der Arbeits- und Lohnbedingungen des Personals der französischen Rheinschiffahrtsbetriebe aufgenommen werden, da die in Frage kommenden französischen und Schweizer Transportarbeiterorganisationen durch internationale Vereinigung ihre Verhandlungsrechte dem Deutschen Verkehrsverband übertragen haben.

Sicherung zur Durchführung des Staatsvertrags ist dringend notwendig. Kommt sie nicht, dann ist bei den schlechten Arbeits- und Wohnverhältnissen des Personals ein Streik in den französischen Rheinschiffahrtsbetrieben unvermeidlich.

## Eisenbahnerprotest in Elsaß-Lothringen.

Metz, 15. September.

Das Aktionskomitee der vereinigten Eisenbahnerverbände von Elsaß-Lothringen hat Versammlungen einberufen, um gegen die Richtauszahlung der vor etwa zwei Monaten bewilligten Sonderzulage zu protestieren. Es ist möglich, daß die französische Eisenbahnverwaltung den Protest berücksichtigen wird, um eine Arbeitsniederlegung zu vermeiden.

Die elsaß-lothringischen Tabalarbeiter beschlossen einen einständigen Streik, um die Regierung an die Einhaltung ihres Versprechens zu erinnern.

## Lohnhöhung in der polnischen Hüttenindustrie.

Kattowich, 14. September. (Df.)

In der Frage der Erhöhung der Arbeitslöhne in der polnischen Hüttenindustrie ist durch eine Verordnung des Arbeitsministers die Entscheidung der Schiedskommission in Kattowich vom 1. August 1927 für verbindlich erklärt worden. Auf Grund dieses Beschlusses werden die bisherigen Lohnsätze für vollbeschäftigte Arbeiter und Fachkräfte in den Zink- und Bleihütten (mit Ausnahme für Altarbeitern) auf 45 Groschen (100 Groschen gleich 1 Zloty gleich 80 Pf. pari) pro Tag erhöht. Das Lohnabkommen ist rückwirkend ab 1. August bis zum 31. Oktober d. J. für verbindlich erklärt und kann automatisch verlängert werden, sofern keine Kündigung erfolgt.

## Der amerikanische Bergarbeiterstreik vor dem Ende.

Wie das Staatsdepartement mitteilt, steht der Abschluß eines Abkommens unmittelbar bevor, durch das der seit einem halben Jahr andauernde Streik von etwa 200 000 Bergarbeitern in Illinois, Indiana, Ohio und West-Pennsylvanien beendet wird.

## Erfolgreicher Streik der türkischen Eisenbahner.

Der Streik auf den anatolischen Bahnlagen, die sich im Besitz einer französischen Gesellschaft befinden, ist nach mehrwöchiger Dauer erfolgreich beendet worden. Der Streik war reich an dramatischen Effekten durch das aktive Eingreifen der Frauen in die Bewegung, die sich zu wiederholten Malen scharenweise auf die Züge warfen, um ihr Auslaufen zu verhindern. Der Kampf ging um ein Programm von 20 Punkten, deren wichtigster die Gleichstellung der Löhne mit den Arbeitern der Großen anatolischen Bahn war. Das Programm wurde trotz des hartnäckigen Widerstrebens der Gesellschaft restlos durchgedrückt.

An dem Streik waren über 2000 Arbeiter beteiligt. Seine Leitung lag in den Händen der jungen Eisenbahnergewerkschaft, die von der allgemeinen türkischen Arbeitervereinigung tatkräftig durch Sammlungen und durch Abhaltung von Kursen zur gewerkschaftlichen Erziehung der Streikenden unterstützt wurde.

Die türkische Gewerkschaftsbewegung hat durch die Aktion, die der erste große systematisch organisierte Ausstand in der Türkei war, einen starken Antriebs erhalten. Nicht nur die Gewerkschaft der Eisenbahner, sondern auch verschiedene andere gewerkschaftliche Fachverbände haben unter dem Eindruck der Ereignisse in den letzten Wochen eine erhebliche Steigerung ihrer Mitgliederzahl aufzuweisen.

Verantwortlich für Politik: Richard Bernheim; Wirtschaft: G. Klingenhöfer; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Fußball: Dr. John Schlotz; Politik und Sonstiges: Franz Kaschüt; Ereignisse: H. Glöck; (Amtlich in Berlin). Verlag: Betriebs-Berlag G. m. b. H. Berlin. Druck: Hermanns-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

hat eine neue Verkaufsstelle

# Fasan

**Kottbusser Damm 76**

**eröffnet!**

Fasan-Schuhe gelten unter Kennen als die preiswürdigsten Erzeugnisse der gesamten Schuhindustrie

**EINHEITSPREISE:**

Marke Fasan . . . . .	Mark 12.50
Marke Silberfasan . . . . .	Mark 16.50
Marke Goldfasan . . . . .	Mark 19.50

**VERKAUFSTELLEN:**

Berlin O, Warschauer Straße 31 (Ecke Deutscher Straße)  
Berlin-Schöneberg, Hauptstraße 20  
Berlin S, Kottbusser Damm 76



# TOTAL-AUSVERKAUF

Wegen vollständiger Aufgabe des Herrengarderoben-Spezialgeschäftes Gertraudenstraße 24. Das gesamte vorrätige Lager und die noch im Auftrag befindlichen Waren müssen in ganz kurzer Zeit vollständig ausverkauft werden. Es gelangen zum Verkauf mehrere Tausende feinste

## modernste fertige Herren-Anzüge, Mäntel, Hosen usw.

Die Preise sind rücksichtslos herabgesetzt, zum Teil weit unter Einkaufspreis!

Blaue und farbige Herren-Jackent-Anzüge, Tanz-, Smoking-, Frack-Anzüge, Herren-Herbst- und Winter-Mäntel, Herren-Loden- und Gummi-Mäntel, gestreifte Herren-Kammgarnhosen, Konfirmanten-Anzüge, Jünglings- und Knaben-Anzüge und Mäntel

### Benutzen Sie diese beispiellos günstige Gelegenheit

zum Einkauf Ihres Herbst- und Winterbedarfs. — Kommen Sie möglichst vormittags. — Riesen-Auswahl.

# Herrenbekleidung Gertraudenstr. 24

gegenüber der Petrikirche